UK-GL-01-090-2

Wir sorgen für gesunde Lebensmittel ohne Gift und Tierquälerei

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Matthias Laage (Passau-Stadt KV)

Änderungsantrag zu UK-GL-01

Von Zeile 89 bis 97:
Wir Grünen wissen: eine tier- und umweltfreundliche Landwirtschaft ist nicht umsonst zu haben. Der Umbau kostet Geld. ~~Wir wollen mit den Bäuerinnen und Bauern zusammenarbeiten, die sich mit uns auf den Weg machen. Wir wollen, dass sie wieder von ihrer Arbeit leben können. Die notwendigen Gelder mobilisieren wir durch eine Umschichtung der europäischen Agrarmittel. Bislang wird nur der Besitz von Flächen belohnt, unabhängig davon, wie sie bewirtschaftet werden. Allein in Deutschland werden jedes Jahr mehr als sechs Milliarden Euro aus diesem Topf verteilt. Doch 20 Prozent der Betriebe erhalten 80 Prozent der Mittel. Verantwortlich hierfür ist die verantwortungslose Agrarpolitik der Großen Koalition, die nicht für das Gemeinwohl arbeitet, sondern der Agrarindustrie-Lobby hörig ist.~~Doch die Gelder sind bereits da: Über 60 Milliarden Euro gibt die Europäische Union für die Unterstützung ihrer Landwirt*innen aus, 6 Milliarden davon gehen direkt nach Deutschland. Aber bislang wird nur der Besitz von Flächen belohnt, unabhängig davon, wie sie bewirtschaftet werden. Deshalb erhalten nur 20 Prozent der Betriebe 80 Prozent der Mittel. Verantwortlich hierfür ist die zerstörerische Agrarpolitik der Großen Koalition, die nicht für das Gemeinwohl arbeitet, sondern der Agrarindustrie-Lobby hörig ist.

Unser Ziel ist eine europäische Agrarpolitik, die bei Lebensmitteln Klasse statt Masse fördert. Die dafür sorgt, dass es den Tieren in den Ställen besser geht. Die die Artenvielfalt erhält und Klima, Wasser und Boden schützt. Wir wollen bäuerliche, ökologische Wirtschaftsweisen unterstützen - und nicht die industrielle Landwirtschaft. Die europäische Agrarpolitik darf nicht mehr zu Lasten anderer gehen. Wir wollen das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität weltweit sichern und die Exportorientierung der EU-Agrarförderung beenden. Die Bundesregierung hat großen Einfluss auf die Zukunft der europäischen Landwirtschaftspolitik. Wir wollen sicherstellen, dass dieser Einfluss genutzt wird: Zugunsten der Landwirt*innen, der Konsument*innen, der Tiere und der Natur.

Begründung

Die europäischen Agrarsubventionen sind der Schlüssel der Agrarsubventionen, die wir fordern. Denn zur Zeit werden dort Unmengen an Geldern für die Erhaltung des bestehenden Systems ausgegeben, dass Mensch und Natur gleichermaßen belastet. Durch eine simple Umschichtung dieser Gelder würde unglaublich viel bewirkt, und das ohne eine stärkere Belastung der Landwirt*innen oder der Konsument*innen. Diese Zusammenhänge, der Einfluss der Bundesregierung und unsere konkreten Pläne müssen an dieser Stelle deutlicher werden.

Unterstützer*innen

Hermann Schoyerer (Freyung-Grafenau KV); Peter Heilrath (München KV); Sandra Liebing (Offenbach-Land KV); Ralf Schulz (Ennepe-Ruhr KV); Jörg Thiele (Krefeld KV); Diana Niebrügge (Passau-Stadt KV); Ulrich Swoboda (Passau-Land KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Dirk Wildt (Passau-Land KV); Erhard Grundl (Straubing-Bogen KV); Maria Kalin (Passau-Stadt KV); Franz Strehle (Günzburg KV); Hendrik Pelzl (Main-Kinzig KV); Frederic Müller (Passau-Land KV); Tobias Rieth (Passau-Stadt KV); Boris Burkert (Passau-Stadt KV); Markus Scheuermann (Landshut-Stadt KV); Dominik Dommer (München-Land KV); Christoph Störmer (Passau-Stadt KV)